

HESSEN



Regulierungskammer Hessen

Beschluss

zur

**Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze
aufgrund eines Härtefallantrages nach
§ 34a Anreizregulierungsverordnung
(GAS)**

Inhalt

B E S C H L U S S	3
I. Sachverhalt	5
1. Inhalt des Antrages	5
2. Anhörung	5
II. Rechtliche Würdigung	6
1. Vollständige Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18	6
2. Zuständigkeit	11
3. Ermächtigungsgrundlage	11
4. Anspruch auf Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen	11
4.1 Frist- und formgerechte Antragstellung	12
4.1.1 Antragsberechtigung	12
4.1.2 Antragszeitpunkt	12
4.1.3 Antragsform	12
4.1.4 Antragszeitraum	12
4.1.5 Antragsgegenstand	12
4.2 Materielle Voraussetzungen	13
4.2.1 Anspruch auf Anpassung	13
4.2.2 Berücksichtigungsfähige Investitionen	13
4.2.3 Berücksichtigungsfähiges Bruttosachanlagevermögen	13
5. Höhe der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze	14
III. Entscheidung über die Kosten	14
Rechtsmittelbelehrung	15

1. Dem Antrag auf Anpassung der jeweiligen kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die Jahre 2023 bis 2027 wird gemäß Anlage 2 stattgegeben.
2. Die Höhe des jeweiligen Kapitalkostenabzugs findet Berücksichtigung im Beschluss zu den kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der vierten Regulierungsperiode Gas für die Jahre 2023 bis 2027.
3. Die Entscheidung über die Kosten ergeht durch einen gesonderten Beschluss.

I. Sachverhalt

1. Inhalt des Antrages

Die Antragstellerin hat

- mit Schreiben vom 28.06.2022, eingegangen bei der RegKH am 28.06.2022 einen Antrag auf Anpassung der festzulegenden kalenderjährlichen Erlösobergrenze ab dem 01.01.2023 für die vierte Regulierungsperiode Gas (2023-2027) gestellt. Mit Schreiben vom 16.11.2022 hat die Antragstellerin Erläuterungen zur Feststellung des Anlagenvermögens dargelegt. Auch wurde ein korrigierter Erhebungsbogen zu dem vorliegenden Antrag übermittelt.

Die Antragstellerin hat den Erhebungsbogen zu dem Antrag elektronisch an die RegKH übermittelt. Dieser liegt, unter Berücksichtigung des im nachfolgenden Abschnitt 2. dargelegten Prüfungsvorgehens, der Entscheidung der RegKH zugrunde.

2. Anhörung

Die RegKH hat der Antragstellerin am 28.11.2022 den Beschlussentwurf zur Anhörung übermittelt und ihr bis zum 13.12.2022 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Antragstellerin teilte mit Schreiben vom 27.12.2022 mit, keinen Bedarf für eine Stellungnahme zu sehen. In den Anlagen 3 und 4 wurde seitens der RegKH gegenüber der Anhörung im vorliegenden Beschluss das dargestellte Umlaufvermögen auf die Berücksichtigung des EK-II Zinssatzes von 2,03 % angepasst.

II. Rechtliche Würdigung

Die Entscheidung über den Antrag der Antragstellerin auf Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze der Jahre 2023 bis 2027 für die vierte Regulierungsperiode aufgrund einer nachgewiesenen besonderen Härte durch den Übergang auf den Kapitalkostenabzug ergeht auf Grundlage des § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 34a ARegV. Dem Antrag war im tenorierten Umfang stattzugeben.

Der Beschluss ist rechtmäßig. Er beruht auf einer rechtmäßigen Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18 (siehe unten 1.). Eine Rechtsgrundlage für den Beschluss liegt vor und der Beschluss ist formell und materiell rechtmäßig (siehe nachfolgende Abschnitte 2. bis 6.)

1. Vollständige Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18

Die RegKH hat in rechtmäßiger Weise die Vorgaben des nationalen Rechts in Form der normativen Regulierung, soweit diese im vorliegenden Verfahren Anwendung finden und von der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (Urteil vom 02.09.2021, C-718/18) erfasst werden, für ihre Entscheidung herangezogen. Als „normative Regulierung“ werden im Allgemeinen solche Regeln des nationalen Gesetz- und Verordnungsgebers (z. B. Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (StromNEV), Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Gasversorgungsnetzen (GasNEV) und ARegV) bezeichnet, die konkrete methodische und materielle Vorgaben für die Regulierung durch die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden enthalten. Die Pflicht zur Anwendung dieser nationalen Vorgaben folgt aus Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz (GG) und gilt auch angesichts der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs fort, bis sie vom Gesetz- bzw. Verordnungsgeber außer Kraft gesetzt oder neu geregelt werden. Dies hat der Bundesgerichtshof bereits entschieden (BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 60 ff., siehe auch OLG Düsseldorf vom 11.02.2021, VI-5 Kart 10/19 [V], S. 10 ff., OLG Düsseldorf vom 28.04.2021, VI-3 Kart 798/19 [V], S. 72 ff., OLG Schleswig vom 11.01.2021, 53 Kart 1/18, S. 27 ff.).

(1) Der Europäische Gerichtshof hat zwar in seiner Entscheidung festgestellt, dass die normative Regulierung in Deutschland insgesamt mit der in Art. 37 Richtlinie 2009/72/EG (heute Art. 59 Richtlinie (EU) 2019/944) sowie in Art. 41 Richtlinie 2009/73/EG geregelten ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde (NRB) unvereinbar ist und die Richtlinien insoweit durch die Bundesrepublik Deutschland nicht bzw. fehlerhaft umgesetzt wurden. Insoweit hat der Europäische Gerichtshof der vierten Rüge stattgegeben, mit der die Kommission Deutschland vorgeworfen hatte, es habe die in den Richtlinien vorgesehenen

ausschließlichen Zuständigkeiten der NRB verletzt, indem es im deutschen Recht die Bestimmung der Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen, einschließlich der anwendbaren Tarife, der Bundesregierung und nicht der NRB zugewiesen habe.

(2) Der Europäische Gerichtshof hat weder über die Zuständigkeitsfragen hinausgehend einen materiell-rechtlichen Verstoß einzelner Vorgaben der normativen Regulierung gegen EU-Recht gerügt noch hat er sich ausdrücklich zu der Frage geäußert, ob die normative Regulierung bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der nationale Gesetz- und Verordnungsgeber den festgestellten Verstoß beseitigt, weiter anwendbar ist. Der Europäische Gerichtshof hat sich insbesondere auch nicht explizit zu der Frage geäußert, ob die Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit unmittelbar anwendbar sind.

(3) Die Regelungen der normativen Regulierung sind nicht nichtig. Weder nach den Grundsätzen des europäischen Rechts noch nach nationalem Recht führt der Verstoß einer nationalen Regelung gegen Unionsrecht zu deren Nichtigkeit (BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 61 ff.). Vielmehr sind die Grundsätze des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts vor nationalem Recht zu beachten.

Zudem scheidet eine richtlinienkonforme Auslegung der Vorschriften der normativen Regulierung aus. Der Europäische Gerichtshof sieht zwar sowohl in der an die Bundesregierung nach § 24 EnWG erfolgten Zuweisung von Zuständigkeiten als auch in den bindenden Vorgaben der normativen Regulierung eine mit den oben genannten Richtlinien unvereinbare Beschränkung der ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde (EuGH a.a.O., Rz. 101 f., 115 f.).

Eine Umdeutung der nationalen Vorgaben in nicht bindende Programmsätze, die die ausschließliche Zuständigkeit der Regulierungsbehörde nicht beeinträchtigen, kommt angesichts des eindeutigen Wortlauts, der Systematik und des Regelungszwecks der Vorschriften der normativen Regulierung nicht in Betracht (Verbot der contra legem-Auslegung, BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 66 ff.). Der Grundsatz vom Anwendungsvorrang des Unionsrechts führt indes nicht dazu, die Vorschriften der normativen Regulierung unangewendet zu lassen. Der Anwendungsvorrang besagt, dass eine nationale Regelung, die mit einer unmittelbar geltenden Regelung des Unionsrechts unvereinbar ist, von nationalen Behörden und Gerichten nicht angewendet werden darf (vgl. Streinz, EUV, 3. Aufl. 2018, Art. 4 Rn. 40; Ruffert, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, 5. Aufl. 2016, Art. 288 AEUV, Rn. 69 f.).

Dieser Grundsatz gilt jedoch nur, soweit unmittelbar anwendbares Unionsrecht betroffen ist (EuGH, Urteil vom 24.06.2019, C-573/17, Rn. 62). Die normative Regulierung verstößt nicht gegen unmittelbar anwendbares Unionsrecht. Die hier maßgeblichen Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde, mit denen die Vorgaben der normativen Regulierung unvereinbar sind, sind nicht unmittelbar anwendbar.

(4) Damit eine Richtlinienbestimmung unmittelbar angewendet werden kann, müssen spezifische Voraussetzungen vorliegen (Grabitz/Hilf/Nettesheim, AEUV, 71. EL August 2020, Art. 288 Rn. 149). Der Europäische Gerichtshof geht von der unmittelbaren Anwendbarkeit einer nicht oder nicht ordnungsgemäß umgesetzten Richtlinienbestimmung nach Ablauf der Umsetzungsfrist aus, wenn die Bestimmung hinreichend genau und inhaltlich unbedingt ist. Zudem können die Bestimmungen einer Richtlinie grundsätzlich nur Rechte, aber keine Pflichten eines Einzelnen begründen (sog. Belastungsverbot). Insofern kommt auch eine objektive unmittelbare Wirkung vorliegend nicht in Betracht. Im Einzelnen:

Die Richtlinienvorgaben sind nicht unbedingt. Eine Unionsvorschrift ist inhaltlich unbedingt, wenn sie eine Verpflichtung normiert, die an keine Bedingung geknüpft ist und zu ihrer Durchführung oder Wirksamkeit auch keiner weiteren Maßnahmen der Unionsorgane oder der Mitgliedstaaten bedarf. Die Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit sind nicht als inhaltlich unbedingt anzusehen.

Gegenwärtig fehlt es an den erforderlichen und zureichenden Umsetzungsnormen im nationalen Recht. Das betrifft sowohl die konkrete umfassende Aufgabenzuweisung als auch die für einen Eingriff erforderliche Ermächtigungsgrundlage. Die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden haben nach nationalem Recht gegenwärtig (nur) die Befugnis, die Vorgaben der normativen Regulierung anzuwenden und ggf. unter Rückgriff auf § 29 EnWG je nach Festlegungsermächtigung weiter auszugestalten und zu konkretisieren. Sie haben aber mangels entsprechender Aufgabenzuweisung durch den Gesetzgeber nicht die übergeordnete, allgemeine und uneingeschränkte Befugnis, die ihnen nach den Richtlinien vorbehaltenen Aufgaben vollumfänglich und selbständig auszuüben (vgl. EuGH a.a.O., Rz. 105) beispielsweise also die Methoden oder Bedingungen für den Netzanschluss und den Netzzugang frei festzulegen oder zu genehmigen (vgl. nur § 24 S. 1 Nr. 1 EnWG). Dass es hierzu einer umfassenden mitgliedstaatlichen Aufgabenzuweisung bedarf, entspricht im Übrigen auch dem europäischen Leitbild, wonach die Mitgliedstaaten zur Einrichtung von Regulierungsbehörden mit spezifischen Zuständigkeiten verpflichtet sind (vgl. Erwägungsgrund 33 der Richtlinie 2009/72/EG bzw. Erwägungsgrund 29 der Richtlinie 2009/73/EG). Die Mitgliedstaaten verfü-

gen bei der Organisation und Strukturierung der Regulierungsbehörde zwar über eine Autonomie, haben diese aber unter vollständiger Beachtung der in den Richtlinien festgelegten Ziele und Pflichten auszuüben und insoweit sicherzustellen, dass die Regulierungsbehörde bei der Ausübung der ihr vorbehaltenen Zuständigkeiten ihre Entscheidungen autonom treffen kann (vgl. EuGH, a.a.O., Rz. 119). Dieser Befund wird auch durch das in der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs mündende Vertragsverletzungsverfahren bestätigt: Gegenstand der Rüge durch die Europäische Kommission war nicht die fehlerhafte Ausübung einer nach nationalem Recht bereits ordnungsgemäß zugewiesenen ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde, sondern der Umstand, dass eine den Richtlinien entsprechende umfassende Aufgabenzuweisung an die nationale Regulierungsbehörde im nationalen Recht bislang nicht erfolgt ist (vgl. EuGH a.a.O., Rz. 88). Vielmehr liegt hier eine fehlerhafte Aufgabenzuweisung vor (EuGH, a.a.O., Rz. 130); diese kann und muss durch den Mitgliedstaat korrigiert werden, der dann die noch möglichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten vorsehen kann (EuGH a.a.O., Rz. 126, 127).

Mit der unmittelbaren Anwendung der Richtlinien wären Belastungen Einzelner verbunden, sodass eine solche ausscheidet. Zwar ist die Einräumung subjektiver Rechte keine Voraussetzung für eine unmittelbare Anwendbarkeit (woran es vorliegend wegen des Verstoßes gegen objektiv geprägte Zuständigkeitsnormen auch fehlen würde), allerdings gilt das Belastungsverbot. Wenn der Bundesnetzagentur oder die Landesregulierungsbehörden aus einer unmittelbaren Anwendung der Richtlinie weitergehende oder jedenfalls anders ausgestaltete Kompetenzen zukämen, könnte sich dies je nach Einzelfall zugunsten, aber auch zu Lasten bestimmter Beteiligter auswirken. Daraus wiederum könnten sich Belastungen ergeben, die nach Auffassung des Bundesgerichtshofs nur durch das europäische Primärrecht oder durch EU-Verordnungen begründet werden können, nicht aber durch Richtlinien (vgl. BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 73).

Eine Belastung würde sich zudem bereits aus dem Heranziehen der Richtlinien als Ermächtigungsgrundlage ergeben. Dies wäre europarechtlich unzulässig. Sofern die Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit als inhaltlich unbedingt anzusehen wären, müssten sie von der Bundesnetzagentur oder den Landesregulierungsbehörden unmittelbar als Ermächtigungsgrundlage auch für belastende Regulierungsentscheidungen herangezogen werden. Anders als in den vom Europäischen Gerichtshof entschiedenen Fällen, in denen er eine unmittelbare Belastung durch Richtlinienrecht verneinte, weil die Belastung erst durch ein Verwaltungsverfahren auf Basis nationalen Rechts eintrat, würden vorliegend die Richtlinienbestimmungen als solche unmittelbar gegenüber den Betroffenen herangezogen werden und

als materiell-rechtliche Befugnisnormen für belastende Verwaltungsverfahren und Regulierungsentscheidungen fungieren. Soweit ersichtlich existiert bislang keine hier einschlägige Judikatur, in der der Europäische Gerichtshof es für europarechtskonform eingestuft hätte, dass eine Richtlinienbestimmung als eigenständige Ermächtigungsgrundlage für Eingriffe in Rechte des Einzelnen herangezogen werden darf.

Eine ausnahmsweise objektive unmittelbare Wirkung der Richtlinienbestimmungen bezogen auf die ausschließliche Zuständigkeit scheidet ebenfalls aus. Der Europäische Gerichtshof hat eine objektive unmittelbare Wirkung von Richtlinienbestimmungen anerkannt, aus denen sich für staatliche Stellen eindeutige Pflichten ergeben. Konkret ging es beispielsweise um die nicht rechtzeitig in nationales Recht umgesetzte Pflicht der zuständigen Behörde zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens für die Errichtung eines Wärmekraftwerks (EuGH, Urteil vom 11.08.1995, C-431/92 – Wärmekraftwerk Großkrotzenburg).

Zwar mag sich vorliegend aus den Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde die Verpflichtung ergeben, von dieser Zuständigkeit auch Gebrauch zu machen, um den Zielsetzungen der Richtlinien hinreichend Rechnung tragen zu können. Anders als im Fall des Wärmekraftwerks Großkrotzenburg ist diese Verpflichtung vorliegend jedoch nicht inhaltlich unbedingt. Im vom Europäischen Gerichtshof entschiedenen Fall konnte die zuständige Behörde der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ohne Weiteres nachkommen, weil diese als unselbstständiger Bestandteil des nach nationalem Recht vorgesehenen und ihr bereits zugewiesenen Genehmigungsverfahrens durchzuführen war. Demgegenüber kann die Bundesnetzagentur die ihr nach den Richtlinienbestimmungen zugewiesene ausschließliche Zuständigkeit erst ausüben, wenn ihr entsprechende Befugnisse nach nationalem Recht eingeräumt werden (siehe oben).

(5) Ungeachtet der Tatsache, dass die Richtlinienbestimmungen nicht unmittelbar anwendbar sind, sprechen aus Sicht der RegKH weitere erhebliche Gründe dafür, die Vorgaben der normativen Regulierung in der Übergangszeit zur Anwendung zu bringen. Die Nichtanwendung der normativen Regulierung in der Übergangszeit würde zu einem Zustand führen, der mit den Zielsetzungen der genannten Richtlinien erst recht unvereinbar wäre (so auch BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 76).

Die Richtlinien verlangen, dass zumindest die Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen u. a. für den Netzanschluss und den Netzzugang „mit ausreichendem Vorlauf

vor deren Inkrafttreten“ festgelegt oder genehmigt werden, vgl. Art. 41 Abs. 6 der Richtlinie 2009/73/EG und Art. 59 Abs. 7 der Richtlinie (EU) 2019/944. Diesem Gebot der ex ante-Regulierung wird in Deutschland gegenwärtig zu einem großen Teil über die Vorgaben der normativen Regulierung Rechnung getragen. Die normative Regulierung strukturiert die Methoden für die Berechnung der Tarife vor und legt ex ante die wesentlichen Bedingungen für den Netzanschluss und den Netzzugang fest. Sie regelt unmittelbar Rechte und Pflichten für Netzbetreiber und andere Marktakteure und schafft auf diese Weise den von den Richtlinien geforderten transparenten und vorhersehbaren, verlässlichen Regulierungsrahmen. Bestehende Festlegungen und Genehmigungen der RegKH, die sie im Rahmen ihrer bisherigen Zuständigkeiten erlassen hat, tragen zwar ebenfalls zu der erforderlichen ex ante-Regulierung bei, dies jedoch nur in Teilbereichen und in Ergänzung der normativen Regulierung und damit nicht in dem von der Richtlinie geforderten Umfang.

Ein faktisches Außerkrafttreten der Vorgaben der normativen Regulierung würde daher zu beträchtlichen Regelungslücken und damit einhergehend erheblichen Rechtsunsicherheiten für alle Marktbeteiligten führen. Auch dies wäre mit den genannten Richtlinienvorgaben und den Zielsetzungen des Energiebinnenmarkts schwerlich vereinbar. Beispielsweise dürfte eine derart unklare Rechtslage im Übergangszeitraum kaum Investitionsanreize setzen und Unsicherheiten für die unternehmerische Tätigkeit der regulierten Unternehmen und auch der sonstigen Marktteilnehmer auslösen. Für den Übergangszeitraum ist es daher sinnvoll und angebracht, stabile und berechenbare Verhältnisse zu gewährleisten.

2. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der RegKH ist nach § 54 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EnWG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Errichtung der RegKH vom 27.05.2013 gegeben, da es sich bei der Antragstellerin um ein Energieversorgungsunternehmen handelt, an dessen Gasverteilnetz weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind und das nicht über das Gebiet des Landes Hessen hinausreicht.

3. Ermächtigungsgrundlage

Die beantragte Anpassung bedarf nach § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 34a ARegV der Festlegung durch die Regulierungsbehörde. Die Anpassung ist unter den Voraussetzungen § 34a ARegV zu genehmigen.

4. Anspruch auf Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen

Voraussetzung für einen Anspruch der Antragstellerin auf Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 34a ARegV ist die inhaltlich bestimmte,

form- und fristgerechte Antragstellung. Die RegKH hat das Vorliegen der Antragsvoraussetzungen gemäß § 34a Abs. 2 ARegV geprüft.

4.1 Frist- und formgerechte Antragstellung

Der vorliegende Antrag wurde frist- und formgerecht gestellt.

4.1.1 Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind Verteilnetzbetreiber. Ohne Bedeutung ist, ob die Erlösobergrenze des Verteilnetzbetreibers im Regelverfahren oder im vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV festgelegt wurde.

Die Antragstellerin ist Verteilnetzbetreiber und somit nach § 34a ARegV antragsberechtigt.

4.1.2 Antragszeitpunkt

Der Antrag auf Anpassung der Erlösobergrenze nach Maßgabe des § 34a ARegV kann durch Gasverteilnetzbetreiber bis zum 30. Juni 2022 gestellt werden. Die Antragstellerin hat den Antrag auf Anpassung der Erlösobergrenzen für die vierte Regulierungsperiode fristgerecht gestellt.

4.1.3 Antragsform

Der Antrag wurde von der Antragstellerin formgerecht bei der RegKH eingereicht. Dem Antrag wurden die für die Prüfung des Antrages erforderlichen Unterlagen beigelegt. Als Bestandteil des Antrages wurde ein ausgefüllter Erhebungsbogen in Form einer xlsx-Datei übermittelt. Der von der Bundesnetzagentur erstellte Erhebungsbogen wird von der RegKH gemäß Rundschreiben 01/2022 mit Stand 01.06.2022 in ihrem Zuständigkeitsbereich angewendet.

4.1.4 Antragszeitraum

Die Antragstellerin hat einen Antrag auf Anpassung der festzulegenden kalenderjährlichen Erlösobergrenze ab dem 01.01.2023 für die vierte Regulierungsperiode Gas (2023-2027) gestellt.

4.1.5 Antragsgegenstand

Verteilnetzbetreiber können gemäß § 34a ARegV eine Anpassung der Erlösobergrenze bei Nachweis einer besonderen Härte durch den Übergang auf den Kapitalkostenabgleich beantragen.

4.2 Materielle Voraussetzungen

Materiell setzt die Genehmigung eines Antrags auf Anpassung der Erlösobergrenze nach § 34a ARegV den Nachweis einer besonderen Härte durch den Übergang auf den Kapitalkostanabschlag voraus. Der Netzbetreiber hat in seinem Antrag eine besondere Härte nach den Vorgaben des § 34a ARegV gemäß Anlage 1 belegt.

4.2.1 Anspruch auf Anpassung

Sind die Investitionen eines Netzbetreibers im Zeitraum 2009 bis 2016 in einem Betrachtungsjahr größer als 4% des Bruttosachanlagevermögens zu Tagesneuwerten nach § 6a GasNEV des gleichen Kalenderjahres besteht ein Anspruch auf Anpassung der Erlösobergrenze.

Investitionen und Sachanlagen, die im Rahmen der Biogasumlage berücksichtigt werden, sind nicht einzubeziehen.

4.2.2 Berücksichtigungsfähige Investitionen

Im Rahmen des Antrages nach § 34a ARegV können nur solche Investitionen berücksichtigt werden, die im Betrachtungsjahr zugleich auch im Bruttosachanlagevermögen zu Tagesneuwerten nach § 6a GasNEV Berücksichtigung finden.

Hierzu zählen auch die entsprechenden Investitionen aller Netzbetreiber, deren Netze in späteren Jahren im Wege eines Vollnetzüberganges übernommen worden sind.

Die berücksichtigungsfähigen Investitionen sind in Anlage 1 dargestellt.

4.2.3 Berücksichtigungsfähiges Bruttosachanlagevermögen

Im Bruttosachanlagevermögen zu Tagesneuwerten sind alle Anlagengüter zu berücksichtigen, die bezogen auf den Netzbetrieb der Antragstellerin im jeweiligen Jahr in Betrieb befindlich waren und nach § 6a GasNEV indexiert werden können. Hierzu zählen auch die entsprechenden Sachanlagen aller Netzbetreiber, deren Netze in späteren Jahren im Wege eines Vollnetzübergangs übernommen worden sind.

Umfasst sind auch Anlagengüter, die bereits vollständig abgeschrieben sind. Nicht umfasst jedoch sind Grundstücke, da diese zwar den Sachanlagen zugeordnet werden, aber an sich nicht nach § 6a GasNEV indexiert werden.

Das berücksichtigungsfähige Bruttosachanlagevermögen ist in Anlage 1 dargestellt.

5. Höhe der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze

Die Höhe der Anpassung errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Kapitalkostenabzug nach § 6 Absatz 3 ARegV und dem Kapitalkostenabzug in entsprechender Anwendung des § 34 Absatz 5 ARegV. Diese Differenz reduziert jährlich gemäß § 34a Absatz 3 ARegV in Form eines abschmelzenden Sockels den Kapitalkostenabzug nach § 6 Absatz 3 ARegV.

Die Höhe der Anpassung unter Berücksichtigung des Absenkungspfades ist in Anlage 2 dargestellt.

In Anlage 3 werden die Beträge für den Kapitalkostenabzug nach § 6 Absatz 3 ARegV berechnet. Anlage 4 zeigt die Beträge in entsprechender Anwendung des § 34 Absatz 5 ARegV.

III. Entscheidung über die Kosten

Zur Frage der Kostentragung nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Beschluss der RegKH.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden.

Die Beschwerde ist bei der RegKH einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden.

Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Wiesbaden, den 31.01.2023

Stefan Lamberti
Vorsitzender

Claudia Falb
Beisitzerin

Sabine Christel
Beisitzerin

Berechnung der Schwellenwerte

EGF EnergieGesellschaft FrankenberG mbH

Jahre	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Investition des Jahres	-	-	-	247.444	301.386	287.283	-	-
Netzbetreiber				247.444	301.386	287.283		
Verpächter	-	-	-	-	-	-	-	-
Netzveränderungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Bruttoanlagevermögen zu TNW	187.768	218.152	228.326	6.647.429	7.031.946	7.401.923	228.693	78.224
Netzbetreiber				6.415.740	6.799.708	7.170.801		
Verpächter	187.768	218.152	228.326	231.689	232.238	231.122	228.693	78.224
Netzveränderungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteil	0,00%	0,00%	0,00%	3,72%	4,29%	3,88%	0,00%	0,00%
Ergebnis	-	-	-	-	Schwelle überschritten	-	-	-
Prüfsumme AHK Netzbetreiber	4.965.273	5.042.241	5.148.321	5.404.369	5.687.275	5.961.917	6.233.495	6.352.188
Prüfsumme AHK Verpächter	148.024	172.010	172.010	172.010	172.010	172.010	172.010	52.298

**Berechnung des
Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV**

Gas	i.V.m. §§ 34a, 34 Abs. 5 ARegV
	Sockelschutz mit Senkungspfad (20%/40%/60%/80%/100%)

Netzbetreiber:	EGF EnergieGesellschaft Frankenberg mbH		
NB-Nr.:	12001048	NG-Nr.:	1
EHB für (Eigenschaft):	Netzbetreiber/Pächter		

KKAb (Anlage 3)					
	2023	2024	2025	2026	2027
AB(t)	12.056 €	17.752 €	19.289 €	20.888 €	22.549 €
EKZ(t)	12.036 €	15.975 €	19.914 €	23.891 €	27.863 €
GewSt(t)	1.504 €	1.996 €	2.488 €	2.985 €	3.481 €
FKZ(t)	409 €	540 €	667 €	794 €	919 €
	26.005 €	36.262 €	42.358 €	48.557 €	54.813 €

KKAb mit Sockel (Anlage 4)					
	2023	2024	2025	2026	2027
AB(t)	4.333 €	5.671 €	7.178 €	8.773 €	10.431 €
EKZ(t)	9.621 €	12.926 €	16.299 €	19.710 €	23.107 €
GewSt(t)	1.202 €	1.615 €	2.037 €	2.463 €	2.887 €
FKZ(t)	323 €	428 €	532 €	635 €	737 €
	15.479 €	20.640 €	26.046 €	31.581 €	37.163 €

	2023	2024	2025	2026	2027
KKAb 4. RegP.	26.005 €	36.262 €	42.358 €	48.557 €	54.813 €
KKAb 4. RegP. (mit bedingtem Übergangssockel)	15.479 €	20.640 €	26.046 €	31.581 €	37.163 €
Differenz (Sockelschutz-Vorteil)	10.526 €	15.622 €	16.312 €	16.976 €	17.650 €
Reduzierung nach § 34a Abs. 3 ARegV	20%	40%	60%	80%	100%
Abzugsbetrag vom KKAb 4. RegP.	8.421 €	9.373 €	6.525 €	3.395 €	0 €
KKAb 4. RegP. (mit Übergangssockel (§ 34 Abs. 5) und Abzugsbetrag (§ 34a Abs. 3))	17.584 €	26.889 €	35.833 €	45.162 €	54.813 €

KKAb 4. RegP.
KKAb 4. RegP. (mit bedingtem Übergangssockel)
Differenz (Sockelschutz-Vorteil)
Reduzierung nach § 34a Abs. 3 ARegV
Abzugsbetrag vom KKAb 4. RegP.
KKAb 4. RegP. (mit Übergangssockel (§ 34 Abs. 5) und Abzugsbetrag (§ 34a Abs. 3))

Summe 4. RegP.
207.996 €
130.909 €
77.087 €
27.714 €
180.282 €

Berechnung des Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV

Gas

Netzbetreiber:	EGF EnergieGesellschaft Frankenberg mbH		
NB-Nr.:	12001048	NG-Nr.:	1
EHB für (Eigenschaft):	Netzbetreiber/Pächter		

2020 (Basisjahr)					2023		
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)				31.12.2023		Quotiert
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	98.566	(FK-Quote)	60,00%	59.140	97.856	kalk. Berechnung 58.713
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	150.914	(EK-Quote)	40,00%	60.366	149.450	kalk. Berechnung 59.780
2.C	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 01.01.2006)	78.983			78.983	67.939	kalk. Berechnung 67.939
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen		AB(0)		198.489		186.433

Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)	01.01.2020	31.12.2020	Mittelwert & Quotiert	31.12.2022	31.12.2023	Mittelwert & Quotiert
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK, bis 31.12.2005)			1.251.572			1.074.693
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	60,00%	0	0	ohne Änderung 0
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	60,00%	0	0	rücksichtigung/Ansatz 0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	60,00%	4.624	4.624	Wert/Ansatz Basisjahr 4.624
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	2.127.530	2.028.964	60,00%	1.246.948	1.246.948	kalk. Berechnung 1.070.069
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW, bis 31.12.2005)			1.241.199			1.060.733
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	40,00%	0	0	ohne Änderung 0
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	40,00%	0	0	rücksichtigung/Ansatz 0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	40,00%	3.083	3.083	Wert/Ansatz Basisjahr 3.083
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	3.170.748	3.019.833	40,00%	1.238.116	1.238.116	kalk. Berechnung 1.057.650
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)			2.289.588			2.070.116
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	30	0		15	15	ohne Änderung 15
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	182		91	91	rücksichtigung/Ansatz 0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	10.414	10.414		10.414	10.414	Wert/Ansatz Basisjahr 10.414
1.C.4	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2006)	2.318.560	2.239.576		2.279.068	2.279.068	kalk. Berechnung 2.059.688
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens			4.782.358			4.205.542

Nr. 3	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Vermögens)						
1.2	Betriebsnotwendiges Vermögen gemäß § 7 GasNEV			4.911.689			4.319.274
1.2	Sachanlagen			4.782.358			4.205.542
1.3	Finanzanlagen	0	0	0			0
2	Umlaufvermögen	129.331	129.331	129.331			113.732
4	Aktive latente Steuern	0	0	0			0
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	0			0

Nr. 4 + 5	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital)						
	Abzugskapital gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV			1.189.949			948.396
7	Erhaltene BKZ einschließlich passivierter Leistungen ... Netzanschlusskosten	635.453	570.782	603.117	457.627	407.062	BKZ-Tabelle 432.344
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0	0			0
9	Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0			0
10	Rückstellungen	133.970	145.552	139.761			122.904
11	Verbindlichkeiten	434.460	459.682	447.071			393.148
12	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0			0
13	Passive latente Steuern	0	0	0			0
14	Kapitalausgleichsposten	0	0	0			0

Nr. 6 + 7	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung des betriebsnotw. EK-Anteils)						
	Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV			3.721.740			3.370.877
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV			75,77%			78,04%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%		max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%
	Anteil Neuanlagen an SAV		bezogen auf EK-Quote	47,88%		bezogen auf EK-Quote	49,22%
	Anteil Altanlagen an SAV		bezogen auf EK-Quote	52,12%		bezogen auf EK-Quote	50,78%

Nr. 8	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)						
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen			5,07%			5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Altanlagen			3,51%			3,51%
	kalk EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))			2,03%			2,03%

Nr. 9	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)						
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)			12,50%			12,50%

Nr. 10	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)						
	Betriebsnotwendiges Vermögen			4.911.689			4.319.274
	Fremdkapitalzinsaufwand			3.394		0,07%	2.985

Berechnung der Eigenkapitalverzinsung

AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)		Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV		Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV		Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV		tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV		Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV	
		4.911.689 €		-1.189.949 €		3.721.740 €		75,77%		40,00%	
								max. 40,0%; nicht unter 0%		40,00%	
EK-Verzinsung		anzusetzender Zinssatz		anteilige Verzinsung		anzusetzender Zinssatz		anteilige Verzinsung			
	Anteil Neuanlagen an SAV		47,88%		49,22%		49,22%		50,78%		
	Anteil Altanlagen an SAV		52,12%		50,78%		50,78%				
	Eigenkapital <= 40%		1.964.676 €		1.727.709 €		1.727.709 €				
	davon Neuanlagen		5,07% 940.602 €		47.689 €		5,07% 850.440 €		43.117 €		
	davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)		3,51% 1.024.073 €		35.945 €		3,51% 877.270 €		30.792 €		
	Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")		2,03% 1.757.064 €		35.668 €		2,03% 1.643.168 €		33.356 €		
	Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung		3.721.740 €		119.302 €		3.370.877 €		107.266 €		

Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer							
		12,50%		14.907 €		12,50%	13.403 €

Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug KKAb(t) = KK(0) - KK(t)	"EK-Verz. (3)"		KK(0)	KK(0)	KK(0)	KK(t)	KKAb(t)
	2020	2020	2020	2020	2023	2023	KKAb(2023)
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 2 - Kapitalkosten im Basisjahr KK(0) = AB(0) + EKZ(0) + GewSt(0) + FKZ(0)	AB(t)	198.489 €	198.489 €	AB	198.489 €	186.433 €	12.056 €
	EKZ(t)	119.302 €	119.302 €	EKZ	119.302 €	107.266 €	12.036 €
	GewSt(t)	14.907 €	14.907 €	GesSt	14.907 €	13.403 €	1.504 €
	FKZ(t)	3.394 €	3.394 €	FKZ	3.394 €	2.985 €	409 €
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 3 - Kapitalkosten im fortgeführten Jahr KK(t) = AB(t) + EKZ(t) + GewSt(t) + FKZ(t)	KK(t)	336.092 €	336.092 €	KK	336.092 €	310.086 €	26.005 €
			0 €			-26.005 €	

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV

Gas

		2024			2025		
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)						
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	97.856		Quotiert	58.713		58.675
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	149.450		Quotiert	59.780		59.740
2.C	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 01.01.2006)	62.244		Quotiert	62.244		60.784
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen				180.737		179.200
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)						
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK, bis 31.12.2005)	1.015.979			957.285		
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0	0	0
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	rücksichtigung/Ansatz 0	0	0	0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	dwert/Ansatz Basisjahr	4.624	4.624	4.624
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	1.734.520	1.636.664	kalk. Berechnung	1.011.355	1.011.355	952.661
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW, bis 31.12.2005)	1.000.953			941.193		
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0	0	0
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	rücksichtigung/Ansatz 0	0	0	0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	dwert/Ansatz Basisjahr	3.083	3.083	3.083
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	2.569.401	2.419.950	kalk. Berechnung	997.870	997.870	938.110
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)	2.005.025			1.943.510		
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	30	0	ohne Änderung	15	15	15
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	rücksichtigung/Ansatz 0	0	0	0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	10.414	10.414	dwert/Ansatz Basisjahr	10.414	10.414	10.414
1.C.4	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2006)	2.025.718	1.963.474	kalk. Berechnung	1.994.596	1.994.596	1.933.082
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens				4.021.957		3.841.988
					84,10%		80,34%
Nr. 3	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Betriebsnotwendiges Vermögen gemäß § 7 GasNEV)	84,10%			80,34%		
1.2	Sachanlagen				4.021.957		3.841.988
1.3	Finanzanlagen				0		0
2	Umlaufvermögen				108.767		103.900
4	Aktive latente Steuern				0		0
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				0		0
Nr. 4 + 5	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital) - Abzugskapital gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV	878.344			814.214		
7	Erhaltene BKZ einschließlich passivierter Leistungen ... Netzanschlusskosten	407.062	362.576	BKZ-Tabelle	384.819	362.576	322.969
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse			84,10%	0		80,34%
9	Sonderposten mit Rücklageanteil			84,10%	0		80,34%
10	Rückstellungen			84,10%	117.539		112.729
11	Verbindlichkeiten			84,10%	375.986		359.162
12	Rechnungsabgrenzungsposten			84,10%	0		80,34%
13	Passive latente Steuern			84,10%	0		80,34%
14	Kapitalausgleichsposten			84,10%	0		80,34%
Nr. 6 + 7	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung des betriebsnotwendigen Eigenkapital gem. § 7 GasNEV)	3.252.380			3.131.674		
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV			78,74%			79,37%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV			max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%		max. 40,0%; nicht unter 0%
	Anteil Neuanlagen an SAV			bezogen auf EK-Quote	49,85%		bezogen auf EK-Quote
	Anteil Altanlagen an SAV			bezogen auf EK-Quote	50,15%		bezogen auf EK-Quote
Nr. 8	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)						
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen				5,07%		5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Altanlagen				3,51%		3,51%
	kalk. EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))				2,03%		2,03%
Nr. 9	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)						
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)				12,50%		12,50%
Nr. 10	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)						
	Betriebsnotwendiges Vermögen				4.130.724		3.945.888
	Fremdkapitalzinsaufwand			0,07%	2.854		2.727
Berechnung der Eigenkapitalverzinsung							
AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)							
Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV		4.130.724 €			3.945.888 €		
Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV		-878.344 €			-814.214 €		
Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV		3.252.380 €			3.131.674 €		
tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV		78,74%			79,37%		
Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		max. 40,0%; nicht unter 0%			40,00%		
EK-Verzinsung							
anzusetzender Zinssatz		49,85%			50,59%		
Anteil Neuanlagen an SAV		50,15%			49,41%		
Eigenkapital <= 40%		1.652.289 €			1.578.355 €		
davon Neuanlagen		5,07%			5,07%		
davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)		3,51%			3,51%		
Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")		2,03%			2,03%		
Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung		3.252.380 €			3.131.674 €		
		103.327 €			99.388 €		
Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer		12,50%			12,50%		
		12.911 €			12.419 €		
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug							
KKAb(t) = KK(0) - KK(t)							
		2015	2024	KKAb(2024)	2015	2025	KKAb(2025)
AB		198.489 €	180.737 €	17.752 €	198.489 €	179.200 €	19.289 €
EKZ		119.302 €	103.327 €	15.975 €	119.302 €	99.388 €	19.914 €
GesSt		14.907 €	12.911 €	1.996 €	14.907 €	12.419 €	2.488 €
FKZ		3.394 €	2.854 €	540 €	3.394 €	2.727 €	667 €
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 3 - Kapitalkosten im fortgeführten Jahr							
KK(t) = AB(t) + EKZ(t) + GewSt(t) + FKZ(t)		336.092 €			299.829 €		
		-36.262 €			10.257 €		
		36.262 €			42.358 €		
		6.096 €			6.096 €		

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV

Gas

		2026			2027		
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)	31.12.2026		Quotiert	31.12.2027		Quotiert
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	97.188		58.313	97.188		58.313
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	147.364		58.946	147.364		58.946
2.C	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 01.01.2006)	60.342		60.342	58.681		58.681
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen			177.601			175.939
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)	31.12.2025	31.12.2026	Mittelwert & Quotiert	31.12.2026	31.12.2027	Mittelwert & Quotiert
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK, bis 31.12.2005)			898.791			840.478
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0	0	ohne Änderung
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Rückichtigung/Ansatz 0	0	0	Rückichtigung/Ansatz 0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	Wert/Ansatz Basisjahr	7.707	7.707	Wert/Ansatz Basisjahr
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	1.538.872	1.441.684	kalk. Berechnung	1.441.684	1.344.496	kalk. Berechnung
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW, bis 31.12.2005)			881.849			822.904
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0	0	ohne Änderung
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Rückichtigung/Ansatz 0	0	0	Rückichtigung/Ansatz 0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	Wert/Ansatz Basisjahr	7.707	7.707	Wert/Ansatz Basisjahr
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	2.270.599	2.123.235	kalk. Berechnung	2.123.235	1.975.870	kalk. Berechnung
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)			1.882.947			1.823.435
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	30	0	ohne Änderung	30	0	ohne Änderung
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Rückichtigung/Ansatz 0	0	0	Rückichtigung/Ansatz 0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	10.414	10.414	Wert/Ansatz Basisjahr	10.414	10.414	Wert/Ansatz Basisjahr
1.C.4	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2006)	1.902.690	1.842.347	kalk. Berechnung	1.842.347	1.783.666	kalk. Berechnung
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens			3.663.587			3.486.817
				76,61%			72,91%
Nr. 3	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Betriebsnotwendiges Vermögen gemäß § 7 GasNEV)			76,61%			72,91%
1.2	Sachanlagen			3.663.587			3.486.817
1.3	Finanzanlagen			0			0
2	Umlaufvermögen			99.076			94.295
4	Aktive latente Steuern			0			0
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			0			0
Nr. 4 + 5	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital) - Abzugskapital gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV			754.334			696.726
7	Erhaltene BKZ einschließlich passivierter Leistungen ... Netzanschlusskosten	322.969	286.599	BKZ-Tabelle	286.599	251.135	BKZ-Tabelle
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse			0			0
9	Sonderposten mit Rücklageanteil			0			0
10	Rückstellungen			107.066			101.900
11	Verbindlichkeiten			342.484			325.959
12	Rechnungsabgrenzungsposten			0			0
13	Passive latente Steuern			0			0
14	Kapitalausgleichsposten			0			0
Nr. 6 + 7	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung des Betriebsnotwendigen Eigenkapital gem. § 7 GasNEV)			3.008.329			2.884.386
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV			79,95%			80,54%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV			40,00%			40,00%
	Anteil Neuanlagen an SAV			51,40%			52,30%
	Anteil Altanlagen an SAV			48,60%			47,70%
Nr. 8	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)			5,07%			5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen			3,51%			3,51%
	kalk. EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))			2,03%			2,03%
Nr. 9	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)			12,50%			12,50%
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)						
Nr. 10	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)			0,07%			0,07%
	Betriebsnotwendiges Vermögen			3.762.663			3.581.112
	Fremdkapitalzinsaufwand			2.600			2.475
Berechnung der Eigenkapitalverzinsung							
AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)							
Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV		3.762.663 €			3.581.112 €		
Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV		-754.334 €			-696.726 €		
Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV		3.008.329 €			2.884.386 €		
tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV		79,95%			80,54%		
Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		40,00%			40,00%		
max. 40,0%; nicht unter 0%							
anzusetzender Zinssatz		anteilige Verzinsung			anzusetzender Zinssatz		
Anteil Neuanlagen an SAV		51,40%			52,30%		
Anteil Altanlagen an SAV		48,60%			47,70%		
Eigenkapital <= 40%		1.505.065 €			1.432.445 €		
davon Neuanlagen		5,07%			5,07%		
davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)		3,51%			3,51%		
Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")		2,03%			2,03%		
Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung		3.008.329 €			2.884.386 €		
		95.411 €			91.439 €		
Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer		12,50%			12,50%		
		11.922 €			11.425 €		
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug							
KKAb(t) = KK(0) - KK(t)		KK(0)	KK(t)	KKAb(t)	KK(0)	KK(t)	KKAb(t)
		2015	2026	KKAb(2026)	2015	2027	KKAb(2027)
	AB	198.489 €	177.601 €	20.888 €	198.489 €	175.939 €	22.549 €
	EKZ	119.302 €	95.411 €	23.891 €	119.302 €	91.439 €	27.863 €
	GesSt	14.907 €	11.922 €	2.985 €	14.907 €	11.425 €	3.481 €
	FKZ	3.394 €	2.600 €	794 €	3.394 €	2.475 €	919 €
	KK	336.092 €	287.534 €	48.557 €	336.092 €	281.279 €	54.813 €
	KK(t) = AB(t) + EKZ(t) + GewSt(t) + FKZ(t)		-48.557 €	6.199 €		-54.813 €	6.256 €

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV

Gas i.V.m. §§ 34a, 34 Abs. 5 ARegV (gemäß ARegV-Novelle 07/2021)

Netzbetreiber:	EGF EnergieGesellschaft Frankenberg mbH		
NB-Nr.:	12001048	NG-Nr.:	1
EHB für (Eigenschaft):	Netzbetreiber/Pächter		

2020 (Basisjahr)					2023			
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)						31.12.2023	Quotiert
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	98.566	(FK-Quote) 60,00%	59.140	97.856		kalk. Berechnung	58.713
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	150.914	(EK-Quote) 40,00%	60.366	149.450		kalk. Berechnung	59.780
2.C.a	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2006)	4.178			3.986		kalk. Berechnung	3.986
2.C.b	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2007-2016)	45.117			37.394		ohne Änderung gegenüber Basisjahr	45.117
2.C.c	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 2017)	29.688			26.560		kalk. Berechnung	26.560
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen		AB(0)	198.489				194.156

2020 (Basisjahr)					2023				
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)						31.12.2022	31.12.2023	Mittelwert & Quotiert
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)			1.251.572					1.074.693
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	ohne Änderung	0	0
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0	0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	60,00%	4.624	7.707	Wert/Ansatz Basisjahr	4.624	4.624
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	2.127.530	2.028.964	60,00%	1.246.948	1.832.375	kalk. Berechnung	1.070.069	1.070.069
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)			1.241.199					1.060.733
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	ohne Änderung	0	0
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0	0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	40,00%	3.083	7.707	Wert/Ansatz Basisjahr	3.083	3.083
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	3.170.748	3.019.833	40,00%	1.238.116	2.718.851	kalk. Berechnung	1.057.650	1.057.650
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)			2.289.588					2.192.379
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	30	0	15	30	0	ohne Änderung	15	15
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	182	91	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0	0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	10.414	10.414	10.414	10.414	10.414	Wert/Ansatz Basisjahr	10.414	10.414
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2006 - 31.12.2006)	123.750	119.572	121.661	111.600	107.615	kalk. Berechnung	109.608	109.608
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2007 - 31.12.2016)	1.278.757	1.233.640	1.256.199	1.152.633	1.115.239	ohne Änderung	1.256.199	1.256.199
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2017)	916.052	886.364	901.208	829.424	802.865	kalk. Berechnung	816.144	816.144
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens			4.782.358					4.327.805
									90,50%

2020 (Basisjahr)					2023				
Nr. 3	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Vermögens)							90,50%	4.444.843
1.2	Sachanlagen			4.782.358					4.327.805
1.3	Finanzanlagen	0	0	0				90,50%	0
2	Umlaufvermögen	129.331	129.331	129.331				90,50%	117.038
4	Aktive latente Steuern	0	0	0				90,50%	0
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	0			Pos. 4 und 5 nicht	90,50%	0

2020 (Basisjahr)					2023				
Nr. 4 + 5	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital)								1.030.234
7a	Erhaltene BKZ ... (2006)	94.262	65.961	80.111	25.547	11.352	BKZ-Tabelle		18.449
7b	Erhaltene BKZ ... (2007-2016)	275.452	253.174	264.313	208.617	186.339	ohne Änderung		264.313
7c	Erhaltene BKZ ... (ab 2017)	265.739	251.647	258.693	223.463	209.371	BKZ-Tabelle		216.417
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0	0				90,50%	0
9	Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0				90,50%	0
10	Rückstellungen	133.970	145.552	139.761				90,50%	126.477
11	Verbindlichkeiten	434.460	459.682	447.071				90,50%	404.578
12	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0				90,50%	0
13	Passive latente Steuern	0	0	0				90,50%	0
14	Kapitalausgleichsposten	0	0	0				90,50%	0

2020 (Basisjahr)					2023				
Nr. 6 + 7	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung des betriebsnotw. EK-Anteils)								3.414.609
	Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV			3.721.740					3.414.609
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV			75,77%					76,82%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%					40,00%
	Anteil Neuanlagen an SAV	bezogen auf EK-Quote		47,88%	bezogen auf EK-Quote				50,66%
	Anteil Altanlagen an SAV	bezogen auf EK-Quote		52,12%	bezogen auf EK-Quote				49,34%

2020 (Basisjahr)					2023				
Nr. 8	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)								5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen			5,07%					5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Altanlagen			3,51%					3,51%
	kalk EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))			2,03%					2,03%

2020 (Basisjahr)					2023				
Nr. 9	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)								12,50%
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)			12,50%					12,50%

2020 (Basisjahr)					2023				
Nr. 10	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)								4.444.843
	Betriebsnotwendiges Vermögen			4.911.689					4.444.843
	Fremdkapitalzinsaufwand			3.394				0,07%	3.072

Berechnung der Eigenkapitalverzinsung

2020 (Basisjahr)					2023				
AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)									
	Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV			4.911.689 €					4.444.843 €
	Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV			-1.189.949 €					-1.030.234 €
	Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV			3.721.740 €					3.414.609 €
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV			75,77%					76,82%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%					40,00%
EK-Verzinsung									
	anzusetzender Zinssatz			47,88%	anzuteilige Verzinsung				50,66%
	Anteil Neuanlagen an SAV			52,12%					49,34%
	Eigenkapital <= 40%			1.964.676 €					1.777.937 €
	davon Neuanlagen	5,07%	Neuanlagen	940.602 €	47.689 €				900.668 €
	davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)	3,51%	Altanlagen	1.024.073 €	35.945 €				877.270 €
	Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")	2,03%	Überschießendes EK	1.757.064 €	35.668 €				1.636.672 €
	Prüfung betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung			3.721.740 €	119.302 €				3.414.609 €

2020 (Basisjahr)					2023				
Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer				12,50%	14.907 €			12,50%	13.705 €

Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug		"EK-Verz. (3)"		KK(0)		KK(0)		KK(t)		KKAb(t)	
KKAb(t) = KK(0) - KK(t)		2020		2020		2020		2023		KKAb(2023)	
AB(t)		198.489 €		198.489 €	AB	198.489 €		194.156 €			4.333 €
EKZ(t)		119.302 €		119.302 €	EKZ	119.302 €		109.680 €			9.621 €
GewSt(t)		14.907 €		14.907 €	GesSt	14.907 €		13.705 €			1.202 €
FKZ(t)		3.394 €		3.394 €	FKZ	3.394 €		3.072 €			323 €
KK(t)		336.092 €		336.092 €	KK	336.092 €		320.612 €			15.479 €
				0 €				-15.479 €			

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV

Gas	i.V.m. §§ 34a, 34 Abs. 5 ARegV (gemäß ARegV-Novelle 07/2021)
------------	---

		2024			2025		
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)	31.12.2024		Quotiert	31.12.2025		Quotiert
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	97.856	kalk. Berechnung	58.713	97.792	kalk. Berechnung	58.675
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	149.450	kalk. Berechnung	59.780	149.351	kalk. Berechnung	59.740
2.C.a	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2006)	3.986	kalk. Berechnung	3.986	3.986	kalk. Berechnung	3.986
2.C.b	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2007-2016)	33.037	ohne Änderung gegenüber Basisjahr	45.117	33.007	ohne Änderung gegenüber Basisjahr	45.117
2.C.c	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 2017)	25.222	kalk. Berechnung	25.222	23.792	kalk. Berechnung	23.792
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen			192.818			191.311
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)	31.12.2023	31.12.2024	Mittelwert & Quotiert	31.12.2024	31.12.2025	Mittelwert & Quotiert
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)			1.015.979			957.285
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	4.624	7.707	7.707	4.624
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	1.734.520	1.636.664	1.011.355	1.636.664	1.538.872	952.661
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)			1.000.953			941.193
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	3.083	7.707	7.707	3.083
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	2.569.401	2.419.950	997.870	2.419.950	2.270.599	938.110
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)			2.162.503			2.134.011
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	30	0	15	30	0	15
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	10.414	10.414	10.414	10.414	10.414	10.414
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2006 - 31.12.2006)	107.615	103.629	105.622	103.629	99.643	101.636
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2007 - 31.12.2016)	1.115.239	1.082.202	1.256.199	1.082.202	1.049.195	1.256.199
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2017)	802.865	777.643	790.254	777.643	753.851	765.747
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens			4.179.435			4.032.488
				87,39%			84,32%

Nr. 3	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Vermögens gemäß § 7 GasNEV)		87,39%	4.292.461		84,32%	4.141.540
1.2	Sachanlagen			4.179.435			4.032.488
1.3	Finanzanlagen		87,39%	0		84,32%	0
2	Umlaufvermögen		87,39%	113.026		84,32%	109.052
4	Aktive latente Steuern		87,39%	0		84,32%	0
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		87,39%	0		84,32%	0

Nr. 4 + 5	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV)			986.781			948.981
7a	Erhaltene BKZ ... (2006)	11.352	3.237	7.294	3.237	0	1.618
7b	Erhaltene BKZ ... (2007-2016)	186.339	164.060	264.313	164.060	141.782	264.313
7c	Erhaltene BKZ ... (ab 2017)	209.371	195.279	202.325	195.279	181.187	188.233
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse			0			0
9	Sonderposten mit Rücklageanteil			0			0
10	Rückstellungen			122.141			117.847
11	Verbindlichkeiten			390.708			376.970
12	Rechnungsabgrenzungsposten			0			0
13	Passive latente Steuern			0			0
14	Kapitalausgleichsposten			0			0

Nr. 6 + 7	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV)			3.305.680			3.192.558
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV			77,01%			77,09%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%		max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%
	Anteil Neuanlagen an SAV		bezogen auf EK-Quote	51,74%		bezogen auf EK-Quote	52,92%
	Anteil Altanlagen an SAV		bezogen auf EK-Quote	48,26%		bezogen auf EK-Quote	47,08%

Nr. 8	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)			5,07%			5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen			3,51%			3,51%
	kalk. EK-Verzinsung auf Altanlagen			2,03%			2,03%
	kalk EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))						

Nr. 9	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)			12,50%			12,50%
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)						

Nr. 10	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)			4.292.461			4.141.540
	Betriebsnotwendiges Vermögen			4.292.461			4.141.540
	Fremdkapitalzinsaufwand		0,07%	2.966		0,07%	2.862

Berechnung der Eigenkapitalverzinsung

AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)									
Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV		4.292.461 €				4.141.540 €			
Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV		-986.781 €				-948.981 €			
Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV		3.305.680 €				3.192.558 €			
tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV		77,01%				77,09%			
Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		max. 40,0%; nicht unter 0%		40,00%		max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%		
EK-Verzinsung									
anzusetzender Zinssatz			anteilige Verzinsung			anzusetzender Zinssatz	anteilige Verzinsung		
Anteil Neuanlagen an SAV		51,74%				52,92%			
Anteil Neuanlagen an SAV		48,26%				47,08%			
Eigenkapital <= 40%		1.716.984 €				1.656.616 €			
davon Neuanlagen		5,07%	Neuanlagen	888.394 €	45.042 €	5,07%	Neuanlagen	876.689 €	44.448 €
davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)		3,51%	Altanlagen	828.591 €	29.084 €	3,51%	Altanlagen	779.927 €	27.375 €
Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")		2,03%	Überschießendes EK	1.588.696 €	32.251 €	2,03%	Überschießendes EK	1.535.943 €	31.180 €
Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung				3.305.680 €				3.192.558 €	103.003 €

Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer		12,50%	13.292 €		12,50%	12.870 €
---	--	---------------	-----------------	--	---------------	-----------------

Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug								
KKAb(t) = KK(0) - KK(t)		2015	2024	KKAb(2024)		2015	2025	KKAb(2025)
AB		198.489 €	192.818 €	5.671 €		198.489 €	191.311 €	7.178 €
EKZ		119.302 €	106.376 €	12.926 €		119.302 €	103.003 €	16.299 €
GesSt		14.907 €	13.292 €	1.615 €		14.907 €	12.870 €	2.037 €
FKZ		3.394 €	2.966 €	428 €		3.394 €	2.862 €	532 €
KK		336.092 €	315.451 €	20.640 €		336.092 €	310.046 €	26.046 €
			-20.640 €	5.161 €			-26.046 €	5.405 €
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 2 - Kapitalkosten im Basisjahr								
KK(0) = AB(0) + EKZ(0) + GewSt(0) + FKZ(0)								
AB		198.489 €	192.818 €	5.671 €		198.489 €	191.311 €	7.178 €
EKZ		119.302 €	106.376 €	12.926 €		119.302 €	103.003 €	16.299 €
GesSt		14.907 €	13.292 €	1.615 €		14.907 €	12.870 €	2.037 €
FKZ		3.394 €	2.966 €	428 €		3.394 €	2.862 €	532 €
KK		336.092 €	315.451 €	20.640 €		336.092 €	310.046 €	26.046 €
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 3 - Kapitalkosten im fortgeführten Jahr								
KK(t) = AB(t) + EKZ(t) + GewSt(t) + FKZ(t)								
AB		198.489 €	192.818 €	5.671 €		198.489 €	191.311 €	7.178 €
EKZ		119.302 €	106.376 €	12.926 €		119.302 €	103.003 €	16.299 €
GesSt		14.907 €	13.292 €	1.615 €		14.907 €	12.870 €	2.037 €
FKZ		3.394 €	2.966 €	428 €		3.394 €	2.862 €	532 €
KK		336.092 €	315.451 €	20.640 €		336.092 €	310.046 €	26.046 €

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV

Gas	i.V.m. §§ 34a, 34 Abs. 5 ARegV (gemäß ARegV-Novelle 07/2021)
------------	---

		2026			2027		
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)	31.12.2026		Quotiert	31.12.2027		Quotiert
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	97.188	kalk. Berechnung	58.313	97.188	kalk. Berechnung	58.313
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	147.364	kalk. Berechnung	58.946	147.364	kalk. Berechnung	58.946
2.C.a	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2006)	3.986	kalk. Berechnung	3.986	3.986	kalk. Berechnung	3.986
2.C.b	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2007-2016)	33.003	ohne Änderung gegenüber Basisjahr	45.117	32.999	ohne Änderung gegenüber Basisjahr	45.117
2.C.c	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 2017)	23.354	kalk. Berechnung	23.354	21.696	kalk. Berechnung	21.696
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen			189.716			188.057
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)	31.12.2025	31.12.2026	Mittelwert & Quotiert	31.12.2026	31.12.2027	Mittelwert & Quotiert
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	898.791			898.791		840.478
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0	0	ohne Änderung
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Bücksichtigung/Ansatz 0	0	0	Bücksichtigung/Ansatz 0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	Bwert/Ansatz Basisjahr	7.707	7.707	Bwert/Ansatz Basisjahr
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	1.538.872	1.441.684	kalk. Berechnung	894.167	894.167	kalk. Berechnung
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)			881.849			822.904
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0	0	ohne Änderung
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Bücksichtigung/Ansatz 0	0	0	Bücksichtigung/Ansatz 0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	7.707	7.707	Bwert/Ansatz Basisjahr	3.083	3.083	Bwert/Ansatz Basisjahr
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	2.270.599	2.123.235	kalk. Berechnung	878.767	878.767	kalk. Berechnung
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)			2.106.452			2.079.941
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	30	0	ohne Änderung	15	15	ohne Änderung
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	10.414	10.414	Bwert/Ansatz Basisjahr	10.414	10.414	Bwert/Ansatz Basisjahr
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2006 - 31.12.2006)	99.643	95.658	kalk. Berechnung	97.650	97.650	kalk. Berechnung
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2007 - 31.12.2016)	1.049.195	1.016.193	ohne Änderung	1.256.199	1.016.193	ohne Änderung
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2017)	753.851	730.497	kalk. Berechnung	742.174	730.497	kalk. Berechnung
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens			3.887.092			3.743.322
				81,28%			78,27%

Nr. 3 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Vermögens gemäß § 7 GasNEV)		2026		2027	
1.2	Sachanlagen	3.887.092		3.743.322	
1.3	Finanzanlagen		81,28%		78,27%
2	Umlaufvermögen	105.120	81,28%	101.232	78,27%
4	Aktive latente Steuern	0	81,28%	0	78,27%
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	81,28%	0	78,27%
		3.992.212	81,28%	3.844.554	78,27%

Nr. 4 + 5 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV)		2026		2027	
7a	Erhaltene BKZ ... (2006)	0	BKZ-Tabelle	0	BKZ-Tabelle
7b	Erhaltene BKZ ... (2007-2016)	141.782	119.504	264.313	119.504
7c	Erhaltene BKZ ... (ab 2017)	181.187	167.095	174.141	167.095
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse		81,28%	0	78,27%
9	Sonderposten mit Rücklageanteil		81,28%	0	78,27%
10	Rückstellungen		81,28%	113.597	109.396
11	Verbindlichkeiten		81,28%	363.378	349.938
12	Rechnungsabgrenzungsposten		81,28%	0	78,27%
13	Passive latente Steuern		81,28%	0	78,27%
14	Kapitalausgleichsposten		81,28%	0	78,27%
				915.430	883.696

Nr. 6 + 7 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV)		2026		2027	
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV	77,07%		77,01%	
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV	40,00%	max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%	max. 40,0%; nicht unter 0%
	Anteil Neuanlagen an SAV	54,19%	bezogen auf EK-Quote	55,56%	bezogen auf EK-Quote
	Anteil Altanlagen an SAV	45,81%	bezogen auf EK-Quote	44,44%	bezogen auf EK-Quote
		3.076.782		2.960.858	

Nr. 8 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)		2026		2027	
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen	5,07%		5,07%	
	kalk. EK-Verzinsung auf Altanlagen	3,51%		3,51%	
	kalk EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))	2,03%		2,03%	

Nr. 9 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)		2026		2027	
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)	12,50%		12,50%	

Nr. 10 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)		2026		2027	
	Betriebsnotwendiges Vermögen	3.992.212		3.844.554	
	Fremdkapitalzinsaufwand	0,07%	2.759	0,07%	2.657

Berechnung der Eigenkapitalverzinsung

AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)		2026		2027	
	Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV	3.992.212 €		3.844.554 €	
	Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV	-915.430 €		-883.696 €	
	Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV	3.076.782 €		2.960.858 €	
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV	77,07%		77,01%	
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV	40,00%	max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%	max. 40,0%; nicht unter 0%
	EK-Verzinsung				
	anzusetzender Zinssatz	54,19%	anteilige Verzinsung	55,56%	anteilige Verzinsung
	Anteil Neuanlagen an SAV	45,81%		44,44%	
	Eigenkapital <= 40%	1.596.885 €		1.537.822 €	
	davon Neuanlagen	5,07%	Neuanlagen 865.367 €	5,07%	Neuanlagen 854.476 €
	davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)	3,51%	Altanlagen 731.518 €	3,51%	Altanlagen 683.346 €
	Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")	2,03%	Überschießendes EK 1.479.897 €	2,03%	Überschießendes EK 1.423.037 €
	Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung	3.076.782 €	30.042 €	2.960.858 €	28.888 €
			99.592 €		96.195 €

Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer		2026		2027	
		12,50%	12.444 €	12,50%	12.020 €

Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug		2015			2017		
	KK(O) = KK(0) - KK(t)						
	AB	198.489 €	189.716 €	8.773 €	198.489 €	188.057 €	10.431 €
	EKZ	119.302 €	99.592 €	19.710 €	119.302 €	96.195 €	23.107 €
	GeSt	14.907 €	12.444 €	2.463 €	14.907 €	12.020 €	2.887 €
	FKZ	3.394 €	2.759 €	635 €	3.394 €	2.657 €	737 €
	KK	336.092 €	304.511 €	31.581 €	336.092 €	298.929 €	37.163 €
			-31.581 €	5.535 €		-37.163 €	5.582 €